
Die Vereinfachung des Umsatzsteuerrechts zur Finanzierung des BGE

Köln, 19. November 2012

Dr. Michael Schorn

Institut für Wirtschafts- und Politikforschung, www.iwp-koeln.org

Antrag zum BPT und Übersicht des Vortags

Antrag PA236 zum BPT 2012.2, Modul 1

Sockeleinkommen aus Vereinheitlichung der Umsatzsteuersätze

Die Piratenpartei fordert die Anhebung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes von aktuell 7% auf 19% mit dem Ziel, einen einheitlichen Regelsteuersatz zu schaffen und die sogenannte Mehrwertsteuer zu vereinfachen.

Durch die Ausschüttung der Steuermehreinnahmen als Sockeleinkommen ist die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes sozial, da das Sockeleinkommen die Kostenerhöhung durch den höheren Umsatzsteuersatz für Familien und einkommensschwache Menschen nicht nur ausgleicht, sondern sogar zu einem kleinen Teil übersteigt.

Übersicht zum Vortrag

1. Der ermäßigte Umsatzsteuersatz in der Praxis
2. Der sozialpolitische Gedanke des ermäßigten Umsatzsteuersatzes
3. Wohlfahrtseffekte durch die Abschaffung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes zu Gunsten eines Zuschusses zum BGE

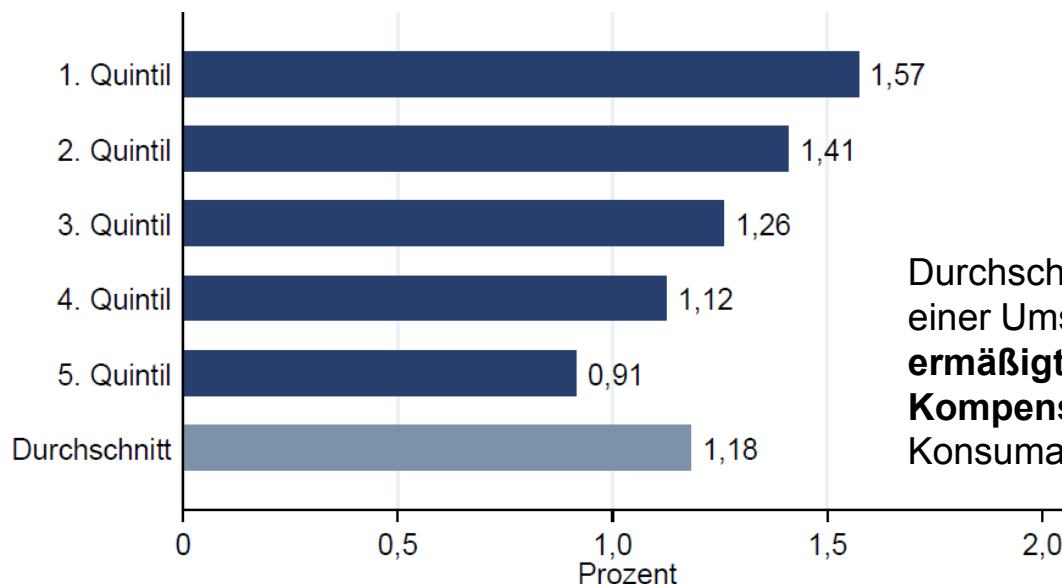
Der ermäßigte Umsatzsteuersatz in der Praxis

- Rechtliche Grundlagen
 - ➔ § 12 Abs. 2 UStG i.V.m. Anwendungserlass zur Umsatzsteuer
 - ➔ Bsp. Einräumung, Übertragung und Wahrnehmung von Rechten, die sich aus dem Urheberrechtsgesetz ergeben
 - ➔ Bsp. Vermietung von Wohn- und Schlafräumen, die ein Unternehmer zur kurzfristigen Beherbergung von Fremden bereithält
 - ➔ Anlage 2 zu § 12 Abs. 2 Nr. 1 und 2 UStG i.V.m. BMF-Schreiben IV B 7 - S 7220 - 46/04
 - ➔ Bsp. Abgabe von Speisen und Getränken zum Verzehr an Ort und Stelle
 - ➔ Bsp. Wasser, Milch, Mate und Club Mate
 - ➔ Bsp. Rollstühle und andere Fahrzeuge für Behinderte
- Fazit
 - ➔ „Die Regelungen verfolgen keinen einheitlichen Zweck. Sie stellen vielmehr ein Sammelsurium von verschiedenen Zielen dar.“ (BMF-Gutsachten, Kaul et al., 2010)
 - ➔ Aufwand für Abgrenzungen von Leistungen (Recherche, Berater, Buchungen, Streit mit Finanzämtern)
 - ➔ „Die Anwendung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes führt vielfach zu Abgrenzungsschwierigkeiten, Mitnahmeeffekten und missbräuchlichen Gestaltungen.“ (Bericht des BRH, 2010)

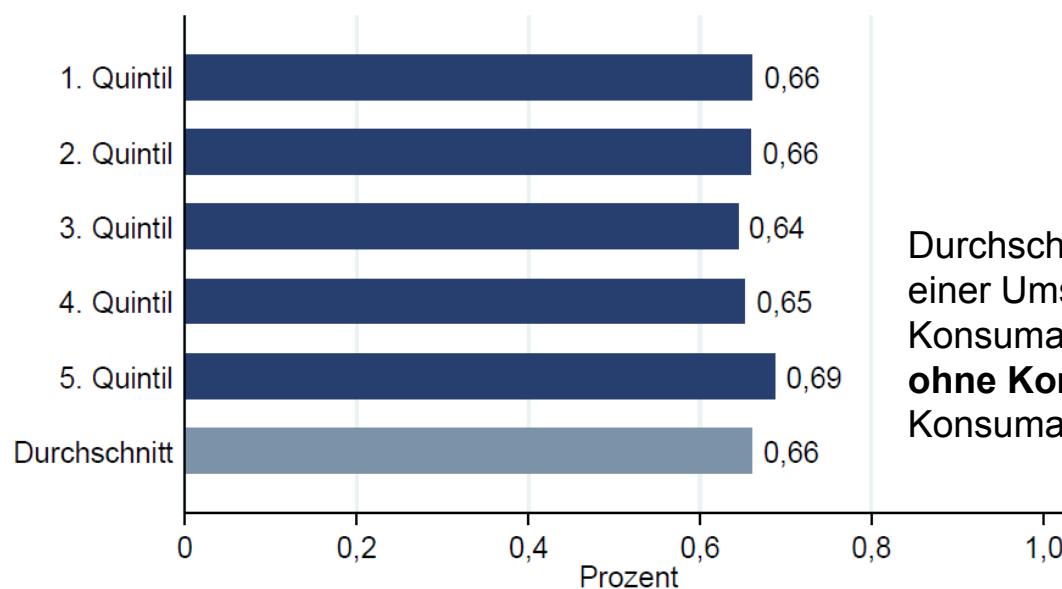
Der sozialpolitische Gedanke des ermäßigten Umsatzsteuersatzes

- Begründung der Ermäßigung
 - ➔ „Bedeutung für die Volksernährung“ in Bezug auf eine enge Auswahl von Grundnahrungsmitteln (Plückebaum/Malitzky, Kommentar zum UStG, 1966)
 - ➔ „Sozialpolitische Grundsätze“, „Kulturförderung“, „nicht zu verantwortende Preiserhöhungen“, „nicht zu vertretbare Gewinnschmälerungen“ in Bezug auf die ab 1968 geltenden Ermäßigungen (Entwurf UStG, 1963)
- Notwendige und (vermeintlich) hinreichende Bedingungen für eine Ermäßigung
 - ➔ Die Ermäßigung ist mit höherrangigem Recht vereinbar und im Verhältnis zu anderen Bestimmungen widerspruchsfrei.
 - ➔ Der Konsum eines/einer bestimmten Guts/Dienstleistung ist mit der Ermäßigung höher.
 - ➔ Der Absatz eines bestimmten Anbieters ist mit der Ermäßigung höher.
 - ➔ Die Ermäßigung führt zu einem progressiven bzw. vermeidet einen regressiven Besteuerungseffekt.

Der sozialpolitische Gedanke des ermäßigten Umsatzsteuersatzes – Fazit



Durchschnittliche jährliche Mehrausgaben infolge einer Umsatzsteuerangleichung **aller steuerlich ermäßigten Nahrungsmittel** auf 19% **ohne Kompensation** im Verhältnis zu den gesamten Konsumausgaben nach Äquivalenzeinkommensquintil



Durchschnittliche jährliche Mehrausgaben infolge einer Umsatzsteuerangleichung aller ermäßigter Konsumausgaben **außer Nahrungsmittel** auf 19% **ohne Kompensation** im Verhältnis zu den gesamten Konsumausgaben nach Äquivalenzeinkommensquintil

Quelle: EVS, BMF-Gutsachten, Kaul et al., 2010

Wohlfahrtseffekte durch die Abschaffung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes

- Abschaffung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes bisher
 - ➔ Alle Haushalte werden belastet und einkommensschwache sogar überproportional.
 - ➔ Die Mehreinnahmen des Staates gehen in den Haushalt ein, der Wohlfahrtseffekt ist unbestimmt.
- Abschaffung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes mit Einführung eines BGE
 - ➔ Bsp. Konsum von Brot (7% USt) und T-Shirts (19% USt)
 - ➔ Die Mehreinnahmen des Staates werden über einen Zuschuss zum BGE aufkommensneutral an die Haushalte zurückgegeben.
 - ➔ Einzige (!) Annahme: Abnehmender Grenznutzen des Konsums eines Guts.
- Fazit
 - ➔ Alle Haushalte verzeichnen einen positiven Wohlfahrtseffekt.
 - ➔ Der relativ höhere Wohlfahrtseffekt einkommensstarker Haushalte kann durch Erhöhung der Progression in der Einkommensteuer und Zuführung zum BGE auf alle Haushalte verteilt werden.
 - ➔ Freiheit hat auch in der ökonomischen Analyse einen Wert.